

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 37. 33. Jahrg.

10. September 1920

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

## Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88, 111. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4263. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten

## Inhalt:

**Hauptteil:** Selbsthilfe. Rundschau. Arbeitslosigkeit und Betriebslehre. — **Allgemeines:** Ein ministerielles Fehlurteil. Ortsbericht Berlin. — **Die photomechanischen Fächer:** Ortsbericht Köln, Chemigraphen. — **Der photographische Mitarbeiter:** Wollen sie den Kampf? — **Graphische Technik:** Etwas vom Bronzedruck. Neue Papiermasse.

## Selbsthilfe.

Der Klassenkampf ist das Produkt der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und sein Ziel die restlose Beseitigung dieses Freibeutersystems. Grundsätzlich die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt anerkennend, will er den Menschen Lebensbedingungen schaffen, die diesem Grundsatz entsprechen. Er sagt deshalb allen Ausbeutenden schärfste Fehde an und propagiert die klassenlose Wirtschaft und Gesellschaft. Er ruft alle Ausbeuteten zum Kampfe auf und benutzt alle Mittel die zum Ziele führen. Indem er dem Kapitalismus den Sozialismus gegenüber stellt, bekundet er den Willen Wirtschaft und Gesellschaft umzuwälzen, ist also von Grund aus revolutionär.

Die unerschöpflichen Kräfte zur Führung des Klassenkampfes wachsen aus dem himmelstreichenden Zustand von arm und reich heraus. Die elende materielle Lage der großen Masse des Volkes zwingt tagtäglich dazu, immer wieder gegen diesen Zustand anzurennen. Jedoch der Kapitalismus müßte sich selbst aufgeben, wollte er aus ethischen Gründen die Not der Massen beseitigen, den Ast selbst absägen, auf dem er sitzt. Da Selbstmord alles andere, nur kein treibendes Mittel in der gesellschaftlichen Entwicklung ist, bleibt zur Überwindung dieses Systems nur der Kampf übrig.

Trotz unzähliger Hilferufe, trotz Jammer und Not, trotz Elend und Kummer, die der Kapitalismus über alle Besitzlose brachte, fand sich keine Macht, die diesen Schwachen half. Langsam, unter grauenhaften Verheerungen an Gut und Blut, Lebensglück und Lebensfreude, wuchs die Erkenntnis empor, daß die Befreiung der Besitzlosen aus diesen Verhältnissen nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein könne, brach sich der Gedanke Bahn, daß nur Selbsthilfe zum Ziele führt. Die sich immer tiefer bohrende Einsicht in die treibenden Kräfte von Wirtschaft und Gesellschaft lehrte den Besitzlosen, daß ihre in Anwendung gebrachte Arbeitskraft der Träger aller Wirtschaft sei und daß mit der gemeinschaftlich gesperrten Arbeitskraft das ganze System zusammenbrechen muß.

Einer der Ausflüsse dieser Erkenntnis der Selbsthilfe sind die Gewerkschaften. Geboren aus der Not der Zeit heraus, versuchten sie die Arbeiter der einzelnen Berufe zu einheitlichem Tun zusammenzufassen, um der infamen, der menschlichen im Menschen verachtenden Ausbeutung entgegenzuwirken. Ihre Hauptaufgabe war für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen und ihre beste und schärfste, aber auch zweischneidigste Waffe, die organisierte Verweigerung der Arbeitskraft. Trotz aller im Laufe der Zeit erzielten »positiven« Erfolge blieb aber die Erkenntnis immer wach, daß zwar

der Lohnkampf Härten mildern kann, jedoch die Ursache zu den Lohnkämpfen niemals zu beseitigen in der Lage ist.

Der Kampf der Gewerkschaften, der in erster Linie ein Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ist und vorläufig auch bleiben wird, hatte bis zum Ausbruch des Weltkrieges einen gewissen Höhepunkt erreicht. Der Münchner Gewerkschaftskongreß rechnete mit einem verschärft einsetzenden Kampfe des Unternehmertums und erwog alle Möglichkeiten dieses Kampfes. Höchste Stärkung der Reihen der organisierten Arbeiterschaft war die erste Voraussetzung zur erfolgreichen Führung dieses Kampfes. Nur der Ausbruch des Krieges verhinderte die Austragung dieses Kampfes und die Mehrzahl der Arbeiter wanderte uniformiert an die Front. Unter der Parole des Schutzes des Vaterlandes bezahlte das arbeitende Volk mit seinem Blut jene Schuld, die wahnsinnig gewordene Ausbeuterpolitik aufgehäuft hatte. Die zügellose Gier nach Macht und Besitz entsetzte sich auch nicht ob des grauenhaften Elends, das der Krieg über die Besitzlosen brachte, sondern die »Elite der Gesellschaft« fühlte sich wohl in den Schätzen, die ihnen eine ganz auf den Krieg eingestellte Wirtschaft verschwenderisch in den Schoß warf. Erst als die Schläge der Gegner die Front zerhämerten, besann sich die Masse des Volkes wieder auf seine Selbsthilfe und jagte zum Teufel, was politisch die Ursache zu diesem »Stahlbad« war.

Daß eine solche Macht- und Bankerottpolitik der Besitzenden nur im Chaos und einem Versailler Friedensvertrag enden konnte, war jedem Einsichtigen klar. Ihm war aber auch klar, daß die durch den Krieg zerrüttete Wirtschaft nur unter schweren inneren Kämpfen wieder aufzurichten ist und den Wünschen der Arbeiter in weitgehendstem Maße Rechnung getragen werden muß. Die Zeiten der alten Methode, den Besitzlosen alle Lasten aufzubürden, sind endgültig vorbei, und so schwer es auch fallen mag, muß man sich doch auf Seiten der »Herren« daran gewöhnen. Die Radikalisierung der Massen, die ihnen so schwer auf den Nerven liegt, ist nur der Ausdruck gesteigerten Selbstbewußtseins der Arbeiter.

Doch noch ist dieser Kampf um Selbstverständliches nicht zu Ende geführt. Der wiederholte Ausspruch: Daß auch die Arbeiter den Krieg mit verloren haben, in Verbindung mit den Beschlüssen des koalitierten Unternehmertums, keine Lohnerhöhungen mehr zu gewähren und der geschaffenen Selbsthilfe der Streikunterstützungskasse beweist, daß die Besitzenden die Absicht, alle Lasten den Besitzlosen aufzuhalsen, noch nicht aufgegeben haben. Im Gegenteil »fühlt« man sich wieder im Zeichen der Krise und glaubt, die Uneinigkeit der Arbeiter zu wohlhablichen, egoistischem Tun benutzen zu können.

Nur aus dieser Situation sind die in letzter Zeit an verschiedenen Orten und Gauen Deutschlands entbrannten Kämpfe herausgewachsen. Wenn es jetzt dort aus dem Walde heraus schallt wie man hineingerufen hat, wundert man sich und greint darüber. Soldt widerlichem Egoismus der Terror auf den Hals gesetzt,

ist nur zu verständlich und der Selbsthilfe gewöhnlicher erster Akt. Obwohl wir die Vorgänge begreifen, billigen wir sie nicht, wünschen aber doch einmal zu wissen, ob »Daimler« auch als an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen, betrachtet wird. Wir wenden uns nicht gegen »die Verrohung in den Lohnkämpfen«, weil dadurch »der Keim zur völligen Vernichtung unseres Wirtschaftslebens gelegt wird«, sondern wir wenden uns gegen diese Art der Selbsthilfe, weil sie sich reaktionär auswirken muß. Stuttgart möge als warnendes Beispiel immer und allen vor Augen sein, denn alle Auslegungen werden die glatte Niederlage der Arbeiter nicht zu beseitigen vermögen. Selbsthilfe anzuwenden und die Bewegung abzubrechen auf ihrer Höhe, zum Zwecke des Schutzes des Erreichten, muß eben noch gelernt werden.

Ein planvolles Einsetzen proletarischer Selbsthilfsmittel zeigt der soeben beginnende Krieg gegen den Krieg. Nicht aus Prinzip, sondern aus Schwäche propagiert die Reichsleitung deutsche Neutralität in den Kriege Polen—Rußland. Nur das Eingreifen proletarischer Selbsthilfe wird Deutschlands Neutralität wirksam schützen. Wie dieser Selbstschutz durchgeführt werden soll, sagt ein Aufruf des A. D. G. B., der S. P. D. und der U. S. P. D.:

»Alle neutralitätswidrigen und für ungesetzliche Zwecke (Orgesch, Einwohnerwehren usw.) bestimmten Transporte sind zu verhindern. Auf Grund der von dem Entwaffnungskommissar zu erlassenden Bestimmungen werden die Arbeiterorganisationen schleunigst Kontrollinstanzen schaffen, die die Gewähr für den Transport nur zulässiger Sendungen bieten soll. Bis zu dieser Regelung sind alle verdächtigen Transporte anzuhalten.

Eine Ausnahme bilden alle auf Grund des Friedensvertrages erfolgenden Transporte der Entente, die nachweislich für Ententetruppen bestimmt und als solche kenntlich gemacht sind. Können Zweifel an der Zulässigkeit eines Transports durch die am Orte zuständigen Behörden nicht behoben werden, so hat die örtliche Kontrollkommission den Beschwerdefall der Reichskommission, z. H. des Genossen Graßmann, Berlin SO. 16, Engelufer 15 (Gewerkschaftsbund), zu melden, die für schnellste Erledigung des Falles Sorge zu tragen hat.

Einen Stoß erhält diese proletarische Selbsthilfe, die sich immer mehr auszuweiten ansieht, durch die auf dem 2. Kongreß der 3. Internationale angenommenen Thesen, die auch die deutschen Gewerkschaften betreffen. In den Punkten 9 und 10 der Moskauer Bedingungen wird verlangt:

»9. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten

und die Wankelmütigkeit des »Zentrums« zu entlarven. (Mit Sozialpatrioten« ist die S. P. D., mit »Zentrum« die U. S. P. D. gemeint. D. Red.) Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.

10. Jede der Kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer »Internationale« der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruders mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklich propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.

Nach diesen Bedingungen wird auch in die Gewerkschaften das Prinzip: Spaltet Euch! hineingetragen und die bisher in Deutschland nur in den Gewerkschaften vorhandene geschlossene Phalanx gesprengt. Die Zerstückelung der Gewerkschaften, wie sie Moskau anstrebt, muß die Schlagkraft der Gewerkschaften ertöten und ihre geschworenen Feinde, die Unternehmer, haben den Vorteil. Die Arbeiterschaft aber zahlt die Zehne dieses Bruderkampfes mit noch schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen, denn sie verliert die Kraft des Widerstandes im Wirtschaftskampf. Wer aber die Kraft des Widerstandes der Besitzlosen bewußt bricht, verhindert den Aufstieg der Arbeiterklasse, ist konterrevolutionär. Hoffentlich findet die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft im rechten Augenblick die Kraft, die Saboteure der proletarischen Emanzipation kalt zu stellen. Auch hier hilft nur das eine Mittel: *Selbsthilfe*.

**Rundschau.**

**Unternehmerlogik.** Die »Arbeitsbeziehung« weist auf den schwindenden Lohnunterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern hin. Der ungelernte Arbeiter würde jetzt fast ebensogut bezahlt wie der gelernte. Wird das nicht, so heißt es, der Drang zur Fortbildung, der doch die Grundlage eines wirtschaftlichen Aufschwunges bilden sollte, völlig lahmgelegt? Wie denkt sich das Unternehmertum denn den Ausweg? Soll der Ungelernte etwa weniger verdienen als er heute hat. Das ist doch nicht recht möglich, da dem Arbeiter doch kaum das Existenzminimum gegeben wird. Entweder muß der Unternehmer also dem Gelernten mehr geben oder die kapitalistische Wirtschaft muß ihren eigenen Gewinn einmal beschneiden und an eine wesentliche Verbilligung der Lebenshaltung herangehen. Je billiger das Leben wird, um so mehr treten die Unterschiede zwischen Gelernten und Ungelernten von selbst zurück. Aber solange das nicht der Fall ist, kann jeder ohne Unterschied des Könnens zum allerwenigsten verlangen sein Existenzminimum.

**Was der Kapitalist in seine Tasche steckt,** zeigen uns die Veröffentlichungen über die genossenschaftliche Eigenproduktion der amerikanischen Gewerkschaften. So hat z. B. die Eisenbahnerunion ihren ungeheuren Streikfonds zum Ankauf von Textilfabriken verwandt. Und die Folge war, daß sich die Gewerkschaft innerhalb von wenigen Monaten mit allem Kleidungsbedarf versorgte, und zwar zu einem Preise, der 30 bis 60 Prozent unter dem Marktpreise des Einzelhandels lag! Man zählte z. B. 1,41 Dollar für Handschuhe, die sonst 2,50 Dollar kosten. Und Unterkleidung kostete nun statt 2 Dollar nur 1,20 Dollar. Es ist verständlich, wenn die deutsche Unternehmerpresse vor solchen Veröffentlichungen Angst bekommt und dringend zur Herabsetzung der Waren auffordert, da man sonst auch in Deutschland zu einer solchen Selbsthilfe schreiten würde. Jedenfalls lassen uns diese Angaben die Riesengewinne erkennen, die der Kapitalismus in seine Taschen steckt, und für die der Arbeiter seine Kraft hergeben muß.

**Der Gesundheitszustand des Proletariats** wird recht deutlich durch eine Sonderbeilage zu den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes erörtert, in der über die Gesundheitsverschlechterung der Berliner Arbeiterbevölkerung Aufschlüsse gegeben werden. Die Zahlen entstammen dem Material der Allgemeinen Ortskrankenkasse aus den Jahren 1915 bis 1918. Danach hat die Häufigkeit der Erkrankungen gewaltig zugenommen. Im Jahre 1915 gab es »nur« 360000 Krankheitsstage, im Jahre 1918 dagegen fast das Doppelte, nämlich 604500 Krankheitsstage. Ganz besonders hat sich der Gesundheitszustand bei den Arbeiterinnen verschlechtert. Während im Jahre 1915 auf die weiblichen Proletarier die doppelte Zahl an Krankheitsstagen kam wie auf die männlichen, ist die Zahl der Tage 1918 bei ihnen dreimal so groß gewesen.

Auch aus dem Verhältnis der Mitgliederzahl zu den Krankheitsstagen ergibt sich dasselbe traurige Bild proletarischen Elends. Während nämlich 1915 auf je 1000 Mitglieder 9330 Krankheitsstage bei männlicher, 8355 bei weiblichen Mitgliedern kamen, stieg diese Zahl im Jahre 1918 auf 14828 und 16366 Krankheitsstage. Angesichts solcher Zahlen des Jammers können wir nicht energisch genug auf eine wirtschaftliche und soziale Umgestaltung unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse drängen.

**Die Nacharbeit.** Eine Arbeit von H. Goldstein im 5. Heft der »Wiener Arbeiten auf dem Gebiete der sozialen Medizin« bespricht die Resultate der Untersuchungen der Wirkungen der Nacharbeit auf den Gesundheitszustand des Menschen. Danach ist die längere Zeit fortgesetzte Nacharbeit die Quelle empfindlicher gesundheitlicher Beeinträchtigung und vorzeitiger Erschöpfung. Selbst unter äußerlich günstigen Bedingungen ist die Nacharbeit schädlich. Darum muß die Nacharbeit unterbleiben und wenn sie unbedingt erforderlich ist, so hat die soziale Medizin die Arbeitsbedingungen festzusetzen, damit der Arbeiter nicht durch rein kapitalistische Arbeitsbedingungen zugrunde gerichtet wird.

**Proletarisches Glück.** Wucher und Schieber: tum: die Blüten des kapitalistischen Lebensbaumes. Gemeinheit und Gier die leitenden Kräfte des Wirtschaftssystems. So ist das Leben Elend und Not ist es dem proletarischen Volke und verzweifeltes Ringen um die allernotwendigste Lebensexistenz. Und Allerärmste gibt es unter diesen Armen, Erwerbslose, Witwen, Waisen, Hungernde, am Leben Verzweifelnde. Je tiefer der Mensch mit diesen Unglücklichen seiner Schwestern und Brüder empfindet, um so mehr muß er sich in Ehrfurcht beugen vor dieser innerlichen sittlichen Kraft der Menschenbrust, die da dennoch den Kampf mit dem Leben wagt und zum Siege strebt. Das Leben triumphiert. Ja, mehr als das Leben. Es bleibt dort im proletarischen Volke nicht bei dem Einzelkämpfe um das Lebensrecht. Zum notwendigen Erleben ist dem Proletarier geworden der Gemeinschaftskampf für das Kommende. Das Neue triumphiert, die Idee des Neuen, das Sittliche. Aus dem Elend der Massen soll das bessere Menschentum geboren werden. Die Idee des Kampfes um das neue Lebensrecht ist der wundersame Kraftquell, der dem schmachdenden Volke immer wieder neuen Mut gibt und neue Hoffnung und neue Tat. Das ist das Große unseres Kampfes, daß er dem Menschen der Verzweiflung den sittlichen Halt gibt, daß er den Menschen trotz aller Not stark macht, ja glücklich trotz allen Elends. Der brüderliche proletarische Kampf für das Kommende läßt Sonne hinein in das Dunkel der kapitalistischen Lebensart. Wir brauchen nur einmal den Gedanken zu fassen, er wäre nicht da, dieser große Gemeinschaftskampf. Gibt es auch nur einen einzigen Proletarier, den da nicht das Gefühl grenzenloser Verlassenheit überkäme? So ist uns dieser Kampf übergegangen in Fleisch und Blut, so ist diese Brudersseele geworden zu unserer eigenen Seele.

**Was eine Zeitung an Bäumen verschlingt!** »Was die Natur in 400 Jahren hat wachsen lassen, verbraucht eine Zeitung von 100000 Exemplaren in 3 Tagen.« Diese erstaunliche Berechnung wird in einem Beitrag des »St. Hubertus« aufgestellt. Um einen Doppelzentner Papier herstellen zu können, braucht man nämlich ungefähr 62½ kg Holzstoff. Aus einem cbm Holz werden 10 Doppelzentner Holzstoff gewonnen. Jede Zeitungsummer, die in einer Auflage von 100000 Exemplaren erscheint, kostet täglich das Holz, das in einem Jahr auf einem Hektar wächst. Eine der größten Tannen des Fichtelgebirges befindet sich in Warmensteinach; sie ist 30 m hoch und hat einen Umfang von 3 m. Um sie zu umschreiten, braucht man 36 Schritte, und in einer Höhe von 1 m hat sie einen Umfang von 4½ m. Diese Riesentanne, die 400 Jahre alt ist, hat eine Stammholzmasse von 32 cbm, würde also 320 Doppelzentner Holzstoff liefern. Diese Menge aber verbraucht eine Zeitung von 100000 Exemplaren in 8 Tagen zur Fabrikation ihres Druckpapiers, und so verschlingt sie also in 8 Tagen, was die Natur in 400 Jahren hervorgebracht hat.

**Arbeitslosigkeit und Betriebs-technik.**

Wenn man sich täglich vor Augen hält, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht kleiner, sondern immer größer wird, dann sollte man meinen, daß von allen Seiten dahin gestrebt wird, Mittel und Wege zu finden, diesem Anwachsen einen Damm entgegenzusetzen. Täglich werden enorme Summen als Unterstützung an Arbeitslose verausgabt, ohne die geringste Gegenleistung dafür zu haben. Der amtliche Bericht gibt an, 1. Juli als Arbeitslose 312191 Personen an, hinzu kommen die Familienangehörigen als Zuschlagsberechtigte in Höhe von 283793 Personen, so daß an diesem Tage zusammen 595984 Personen zu unterstützen waren. Setzt man die männlichen Arbeitslosen mit 6 Mk., die weiblichen mit 2,50 Mk. und die Familienmitglieder, mit 1,50 Mk. täglich an, so ergibt sich bei

männlichen	233618 × 6,— Mk.	1401708 — Mk
weiblichen	73573 × 2,50 „	196432,50 „
Fam.-Mitgl.	283793 × 1,50 „	425689,50 „
eine tägliche Ausgabe von	„	2023830,— Mk.
in einer Woche	„ × 6	12142980,— Mk.
im Jahr ist dies eine Ausgabe von	„	631434960,— „

Trotz dieser enormen Ausgaben sind diese Summen für den einzelnen doch nur ein Hungergeld, nur eben soviel, daß er nicht ganz verhungert und dem Verbrethen direkt in die Arme getrieben wird.

Wenn nun aber die Höhe des verlorengegangenen Lohnes hinzugerechnet wird, was durch die gezwungene Arbeitslosigkeit dem Staate, also dem gesamten Deutschen Volke, verloren geht, — es ist mindestens das achtfache der erhaltenen Unterstützung, also rund gerechnet pro Tag ½ Millionen Mark, im Jahre ergibt sich die runde Summe von 340500 Millionen Mark — als Arbeitslohnverlust.

Die Hälfte davon soll steuerfrei sein, so bleibt allein hiervon für die 10 Prozent Steuern ein Verlust von 17000 Millionen Mark.

Nun muß noch die große Masse derjenigen Hand- und Kopfarbeiter, die verkürzt, zum Teil nur halbe Tage arbeiten, hinzugerechnet werden. Dieser Verlust kann mit demselben Betrag als nicht zu hoch angenommen werden, so daß es sich wohl reichlich lohnen würde, eine andere Wirtschaftsform ins Auge zu fassen und zur allerschnellsten Durchführung zu bringen. Denn auf dem jetzigen Wege ist nicht nur keine Gesundung, sondern eine immer größer werdende Verschuldung des Deutschen Reiches zu erwarten. An ein Abtragen unserer Kriegsschuld ist gleich gar nicht zu denken.

Ein gemeinsames Hand in Hand arbeiten mit den Unternehmern scheint nicht möglich zu sein, dies beweisen alle ihre auf das Gegenteil hinauslaufenden Maßnahmen.

So ist eben der Staat doppelt verpflichtet, auf dem schnellsten Wege hier rücksichtslos zuzufassen und die Betriebe, die nicht mehr wollen oder können, in andere Bahnen zu lenken, aber schnell! Auf jeden Fall schneller, als es bis jetzt geschehen ist. Erwägungen sind ja seit langer Zeit im Gange, aber es scheint alles auf dem toten Punkt zu stehen.

Ich glaube, wenn mal Ernst damit gemacht wird, werden sich auch ein groß Teil Unternehmer finden, die gern mit Hand anlegen und wer nicht gut und willig sich dazu versteht, über den muß eben zur Tagesordnung übergegangen werden.

An einem Beispiel will ich zeigen, wie es gemacht werden kann.

In der Briefumschlagbranche stehen in einem Betriebe ½ der Maschinen, weil dafür keine Aufträge vorhanden sind, während für die übrigen Maschinen soviel Arbeit vorhanden ist, daß diese die vorhandenen Aufträge nicht bewältigen können. Alle Tage werden Aufträge zurückgezogen, da nicht geliefert wird, während in mehreren anderen Betrieben schon seit langen Wochen verkürzt gearbeitet werden muß. Einige Wochen war sogar wegen Arbeitsmangel ganz geschlossen. Wenn sich nun die gesamte Briefumschlagbranche zusammenschließt und die Aufträge analog den vorhandenen Maschinen verteilt, ebenso die Arbeiter dementsprechend einordnet, so wird es sehr wohl möglich sein ohne Entlassungen sämtliche Aufträge zur schnellsten Erledigung zu bringen. Papier ist genügend vorhanden. Höchstens könnte es sich noch dabei darum drehen, daß die weniger leistungsfähigen Firmen ihren Betrieb einstellen müßten, während in den neuzeitlich eingerichteten alle Maschinen voll ausgenutzt würden. Dadurch würde Kraftverschwendung vermieden werden, was bei der uns bevorstehenden Kohlenknappheit nur von Vorteil wäre. Wenn nun hierbei noch in Betracht gezogen wird, daß wir schon jetzt Betriebe haben, die fast ganz unabhängig von Kohle sind, da die Kraft durch Dieselmotore, die mit Öl gespeist werden, erzeugt wird, auch zum Teil eigene Lichtzentrale besteht, so ist hier ganz besonders die Möglichkeit gegeben, diesen Betriebszweig bei gutem Willen, in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, ohne daß es zu solchen langen Arbeitsverkürzungen kommen muß.

Ich glaube an diesem einen Beispiel, deren es wohl noch viele gibt, gezeigt zu haben, was das deutsche Volk für eine Summe herauswirtschaften könnte, wenn der richtige Weg eingeschlagen wird.

**Allgemeines.**  
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

**Ein ministerielles Fehlurteil.**

Die Not der Bildpostkartenindustrie beruht in nicht unerheblichem Maße auf der horrenden Steigerung des Postkartenportos. Von dieser Erkenntnis ausgehend, beantragten die im graphischen Gewerbe bestehenden Tarifämter in einer Eingabe an das Reichspostministerium die Herabsetzung des Portos für Bildpostkarten von 30 auf 15 Pig. Auf diese Eingabe, antwortet das Reichspostministerium wie folgt:

Berlin W. 66, den 22. August 1920.

Der Reichspostminister.

I. a. O. 4130.

Auf die Eingabe vom 4.

Bei aller Würdigung der vorgetragenen Verhältnisse bin ich leider nicht in der Lage, eine Gebührenermäßigung für Bildpostkarten herbeizuführen. Die Enträumung einer solchen Gebührenermäßigung ist wegen der entgegenstehenden grundsätzlichen Bedenken und auch im Hinblick auf die daraus sich zweifellos ergebenden unabsehbaren Berufungen um so weniger angängig als sie eine Schmälerung der Einnahmen mit sich bringen würde, die bei der mißlichen wirtschaftlichen Lage des Reiches nicht zu rechtfertigen wäre. Im übrigen muß berücksichtigt werden, daß zweifellos auch die erheblich gestiegenen Preise für die Bildpostkarten selbst einen wesentlichen Einfluß auf den Bildkartenverkehr ausüben, und daß Handel und Wandel seit mehreren Monaten allgemein stockt. Den Rückgang im Absatz der Bildpostkarten lediglich auf die Erhöhung der Postkartengebühr zurückzuführen, erscheint daher nicht gerechtfertigt.

Im Auftrage: Stenger.

An das Tarifamt  
z. Hd. des Herrn Geschäftsführers  
Alexander Czched,  
hier, SW. 68.

Jeder Kenner der Bildpostkartenindustrie erkennt an dieser Antwort sofort, daß hier eine vollständig falsche Beurteilung dieser Industrie vorliegt und eine erneute Antwort der Tarifämter erfolgen mußte. Das Tarifamt für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe hat diese Antwort gegeben und schreibt an den Reichspostminister:

Berlin, den 27. August 1920.

Zu I. a. O. 4130.

Schreiben vom 22. 8. 20.

Wir verkennen durchaus nicht die schwierige Lage des Reiches, das gezwungen und verpflichtet ist sich ständig neue Einnahmequellen zu suchen, um der schweren Situation Herr zu werden. Wir sind alle bereit, unserem Vaterlande zu helfen, daß es aus dieser mißlichen Lage herauskommt. Und gerade von diesem Standpunkt ausgehend, wollen wir, Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereint zusammenstehend, nicht zusehen, wie unsere Industrie, die dem Reich die großen Summen Steuern direkt und indirekt zuführt, zugrunde geht. Unsere Industrie ist ja nicht wie die anderen nur als Steuerzahler zu betrachten; denn durch ihre Postkartenerzeugnisse bildet sie für das Reich eine besondere Einnahmequelle.

Wir möchten betonen, daß es u. E. gleich sein muß, ob jemand in Reichs oder Privatbetrieben tätig ist. Jeder hat das Recht dazu, daß ihm nach Möglichkeit seine Existenz erhalten bleibt, und werden Fehler von irgendeiner Seite gemacht, da ist die erste und höchste Pflicht, wieder gutzumachen, damit nicht eine Unzahl von Existenzen untergraben werden. Wir wollen heute nicht anklagen, daß man Gesetze gemacht hat, ehe die maßgebenden Kreise befragt wurden; aber jetzt, wo von allen Seiten die höchste Not in der Industrie verkündet wird, darf es keinen Augenblick des Zögerns geben, um den Fehler wieder gutzumachen.

Wir können den Ausführungen, daß die Erhöhung der Postkartengebühren nicht den katastrophalen Rückgang im Postkartenversand hervorgerufen hat, nicht folgen. Im Augenblick der 100-prozentigen Portorhöhung setzte sofort die gewaltige Verminderung im Konsum ein. Aus allen Teilen des Reiches gingen unseren Verbänden diese zahlenmäßig belegten Nachrichten zu Aus bevorzugten Gegenden, wo sonst riesenhafte Mengen von Ansichtskarten geschrieben wurden, beschränkt man sich auf das Notwendigste, stets mit der Maßgabe, daß das Porto von 30 Pfennig zu teuer wäre, im Gegensatz zum Hauptobjekt, der Bildpostkarte, die vielfach noch zum Preise von 20 Pfennig verkauft wurde. Gewiß sind die Preise auch für Bildpostkarten gestiegen; aber nur in den durchaus notwendigen Grenzen; denn die Karten, welche früher für 10 Pfennig verkauft wurden, erhält man jetzt für 20 bis 30 Pfennig im Kleinhandel, also eine Erhöhung von 200 bis 300 Prozent. Hingegen ist das Porto von 5 Pfennig auf 30 Pfennig gestiegen, also eine Erhöhung von 600 Prozent, und dadurch ist das Mittel zum Zweck gegen das eigentliche Objekt riesenhaft erhöht worden.

Daß in anderen Industrien der Handel stockt, ist auf ganz andere Beweggründe zurückzuführen, die keinen Vergleich zulassen: denn hier sind es die überaus hohen Preise, die das Publikum nicht mehr bezahlen kann oder will, hingegen würden unsere Postkarten gern gekauft werden, wenn das hohe Porto nicht so beunehmend wäre.

Aus allen angeführten Gründen dürfte es wohl klar sein, daß nur das erhöhte Porto den Rückgang in dem Versand der Postkarten hervorgerufen hat, daher verlangt es das Interesse des Reiches, sowohl wie der Industrie, daß mit schnellster Wirkung unserem Antrage, das Bildpostkartenporto auf 15 Pfennig herabzusetzen, stattgegeben wird.

An den Reichspostminister  
Herrn Giesberts

Berlin W. 66  
Leipziger Str. 15.

Ganz ergebenst  
I. A.:  
gez. Alexander Czched,  
Geschäftsführer.

### Ortsberichte.

**Berlin.** Auch die Mitgliedschaft Berlin ist jetzt der im § 47 unseres Statuts vorgeschriebenen Pflicht, daß jeder Ort nur eine Mitgliedschaft bilden soll, nachgekommen. Alle Verbandsangelegenheiten, die früher in 7 Filialen mandmal recht verschieden behandelt worden sind, werden jetzt in einer allgemeinen Mitgliederversammlung erledigt. Die erste Generalversammlung, tagend am 19. August, beschäftigte die Vorstandswahl, wählte drei Kassenrevisoren und nahm einen Vortrag nebst Korreferat über Arbeitsgemeinschaften entgegen.

Einleitend gab Kollege Albrecht eine Übersicht über die Entstehung der Richtlinien, nach denen der Aufbau der Mitgliedschaft Berlin geschehen soll. Nach diesen Richtlinien setzt sich die Ortsverwaltung aus allen Berufsgruppen zusammen, die je nach ihrer Mitgliederzahl 1 bis 3 Gruppenleiter wählen. Ferner gehören der Ortsverwaltung an: 3 Vertreter der Betriebsräte, 1 Vertreter der Lehrlingsabteilung 1 Vertreter der Revisoren und die Ortsangestellten. Unabhängig vom Beruf, wählt die Ortsverwaltung aus ihrer Mitte einen Ortsvorstand, der sich selbst konstituiert, jedoch der Bestätigung durch die Generalversammlung unterliegt. Der Ortsvorstand bildet gleichzeitig den Gauvorstand.

Von der Generalversammlung werden bestätigt: die Kollegen Hoffmann und Albrecht als Vorsitzende mit gleichen Rechten, Gragen als Kassierer, Schneider und Sadina als Schriftführer und die Kollegen Geyer, Nikolai, König und Henseke als Beisitzer. Ebenso einstimmig beschließt die Versammlung das Inkrafttreten der Mitgliedschaft mit dem heutigen Tage, dem 19. August. Als Kassenrevisoren werden gewählt die Kollegen Braun, Knoedt und Wiese.

Über Arbeitsgemeinschaften referierte Reichstagsabgeordneter Schumann. Einleitend schilderte er die Entstehung der Arbeitsgemeinschaften und betont, daß der 10. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands den Gewerkschaften die Bildung von Arbeitsgemeinschaften empfiehlt. Wenn man auch über den Wert der Arbeitsgemeinschaften verschiedener Meinung sein könne, so sei doch nicht zu leugnen daß vordem der Arbeiter nur Objekt im Produktionsprozeß war, während er durch die Tarife und Arbeitsgemeinschaften ein Mitbestimmungsrecht bekommen habe.

Als Korreferent sprach Kollege Eberlein. Er legte dar, daß die Arbeitsgemeinschaften an dem Aufbau der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit helfen sollen, wir aber als Sozialisten an diesem Aufbau gar kein Interesse haben. Alles schreie nach Sozialisierung. Doch bevor das Proletariat nicht die politische Macht hat, sei an eine Sozialisierung nicht zu denken. Die Arbeiterschaft möge sich nicht nur auf wirtschaftliche, sondern auch auf politische Kämpfe vorbereiten. Diese Vorbereitung und die Zerschlagung der Arbeitsgemeinschaften gehört mit zu den Aufgaben der Gewerkschaften.

Nach der ziemlich eingehenden Diskussion fand nachstehende Entschließung gegen wenige Stimmen Annahme:

Die am 19. August 1920 in den Zentralfestsälen stattfindende Generalversammlung der Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der Lithographen, Steindruck- u. verw. Berufe verurteilt auf das Schärfste das Wirken der Arbeitsgemeinschaften. Sie erblickt darin kein Mittel, die niedergebrosene Volkswirtschaft im sozialistischen Sinne wieder aufzubauen. In diesem Sinne geloben die Versammelten zu kämpfen, bis das Ziel erreicht ist, das sich die klassenbewußte Arbeiterschaft gesteckt hat.

Ein Antrag zur Leistung eines Extrabeitrages zur Unterstützung der Arbeitslosen wurde für die nächste Versammlung verlag.



### Ortsberichte.

**Köln, Chemigrphen.** Am 16. August versammelten sich die Kölner Chemigrphen, um Stellung zu nehmen zur Tagesordnung der nächsten Tarifausschußsitzung. Lebhaft erörtert wurde der Punkt 2, wonach bei verkürzter Arbeitszeit die Teuerungszulagen dem Lohn entsprechend anteilig zu verteilen sind. Alle Redner gaben ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß dieser Punkt als Antrag unannehmbar sei, da er bezwecke, alle Listen der Geschäftstahleheit einseitig der Gehilfenschaft aufzubürten. Die Lohnverhältnisse der Chemigrphen sind so elende, daß selbst bei unverkürzter Arbeitszeit nur ein kümmerliches Existieren möglich ist, insofern könnte eine derartige Verschärfung tariflicher Bestimmungen nicht erlagen werden.

Zu Punkt 3 war die einmütige Auffassung, daß die 20-prozentige Erhöhung des Mindestlohnes während der Teuerung als Teuerungszulage zu betrachten ist.

Die Kölner Kollegen stehen unbedingt auf dem Boden des Tarifs. Derselbe darf aber auf keinen Fall weiter verschlechtert werden. Den Unternehmern muß nachdrücklich gesagt werden, daß die

Gehilfenschaft bisher „verhörte Opfer im Interesse des Gewerbes gebracht hat und daß sie nunmehr am Ende ihrer wirtschaftlichen und gesundheitlichen Widerstandskraft steht. Wir wollen uns gern in den Dienst des Aufbaues der Wirtschaft stellen, erwarten aber von seiten der Unternehmer Verständnis für unsere Lage, welches wir in vorgenanntem Antrag vergebens suchen.

Nachstehende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

Die Kölner Chemigrphen sehen in dem Antrag des Bundes der Chemigrphenanstalten auf Streichung der Ziffer 10 der Allgemeinen Bestimmungen und Beschlüsse des Tarifvertrages einen Versuch, die traurige Lage der Gehilfen unter Ausnutzung der jetzigen wirtschaftlichen Krise noch weiter zu verschlechtern. Die anteilige Reduzierung der Teuerungszulagen entspricht nicht den Produktionsbedingungen der Chemigrphie, für viele Unternehmer würde dadurch ein Anreiz zur Verkürzung der Arbeitszeit geschaffen, bei einer gleichzeitigen Steigerung der Leistungen durch geringeres Betonen der Qualität. Wenn auch die Schwierigkeiten mancher Unternehmer nicht erkannt werden sollen, so ist doch festzuhalten, daß die Gehilfen sich in einer drückenden wirtschaftlichen Notlage befinden, da sie mit wenigen Ausnahmen jahrelang im Felde gestanden haben. Die Klischeepreise sind weit mehr als die Löhne gestiegen und die Kölner Chemigrphen sind der Auffassung, daß der chronische Mangel an Aufträgen in der Chemigrphie zum guten Teil auf die viel zu hohen Konventionspreise für unsere Erzeugnisse zurückzuführen ist. Die weitgehenden Preisunterbietungen verschiedener Firmen liefern den besten Beweis, daß die festgesetzten Preise viel zu hoch sind. Die Aufträge werden infolgedessen verlag oder in anderen, wohlfeileren Verfahren hergestellt. Die Gehilfen sind nicht gewillt, noch länger die Opfer der engherzigen Preispolitik der Unternehmer zu sein. Wir fordern, daß sofort Schritte eingeleitet werden, der künstlichen Unterbindung der Konkurrenzfähigkeit unseres Gewerbes ein Ende zu bereiten. Zu diesem Zwecke ist in der nächsten Tarifausschußsitzung über die Möglichkeiten der Verbilligung der Produktion zu beraten. Eventuell ist der Frage der Errichtung eines Musterbetriebes zwecks technisch-wirtschaftlicher Vervollkommnung des Produktionsprozesses und einwandfreier Feststellung der Produktionskosten näher zu treten. Wollen wir nicht, daß unsere Erzeugnisse aus der Volkswirtschaft ausgeschaltet werden, so muß durch großzügige Maßnahmen den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Geltung verschafft werden.

Richard Hessel.



### Wollen sie den Kampf?

Mit dem Anschluß der in der Porträtphotographie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen an den Verband der Lithographen, Steindruck- und verwandten Berufe ist ganz unzweideutig von dieser Arbeitergruppe zum Ausdruck gebracht worden, daß in Zukunft der Verband das Instrument zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sein soll. Die Arbeiter sind zu diesem Beschluß gekommen, trotzdem ihnen die gesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung vollat bekannt waren und auch die gesetzlichen Bestimmungen der Innungen schon bestanden. Der Anschluß an den Verband ist deshalb als gar nichts anderes anzusehen, als das Bekenntnis, durch diese wirtschaftliche Vereinigung der Arbeiter die wirtschaftlichen Interessen der in der Porträtphotographie Beschäftigten wahrnehmen zu lassen.

Der von den Beschäftigten in der Porträtphotographie grundsätzlich eingenommenen Stellung konnte auch der Reichsarbeitsminister seine Beachtung nicht versagen. In seinem Bescheid vom 21. August 1920 auf das Schreiben der Berliner Photographeninnung vom 11. und 13. Juli 1920 sagt er, daß er den von der Berliner Photographeninnung eingenommenen Rechtsstandpunkt bezüglich der Möglichkeit des Abschlusses eines Tarifes zwischen der Innung und dem Gehilfenausschuß nicht zu teilen vermag. Vielmehr betont der Arbeitsminister in seinem Bescheid, daß der Gehilfenausschuß nicht als ermächtigt anerkannt werden kann, namens der Gehilfenschaft mit der Innung einen Tarif abzuschließen. Zum Abschluß von Tarifverträgen sind auf Arbeitnehmerseite nur wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern berechtigt. Nach Ansicht des Arbeitsministers würde selbst dann, wenn auf Grund des § 45 der Berliner Innungssatzungen eine Einigung zwischen Innung und Gehilfenausschuß zustande käme, darin kein Tarifvertrag zu erblicken sein. Ich habe deswegen dem Verband der Lithographen, Steindruck- und verwandten Berufe anheimgestellt, den Schlichtungsausschuß Groß Berlin anzurufen, falls er die gerichtliche Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des am 11. September 1919 von dem ersten Vorsitzenden der Innung unterzeichneten Tarifvertrages nicht abwarten will.

Daß die Berliner Photographeninnung sich mit der Antwort des Reichsarbeitsministers nicht

begnügt hat, versteht sich am Rande. Die dem Arbeitsminister von der Photographen-Innung Berlin erneut erteilte Unterweisung ist in ihrer länglichen Unzulänglichkeit ein klassisches Dokument innungsmeisterlicher Interessenvertretung und in ihrer Zähigkeit zur Erreichung des gesteckten Zieles ein nachdrücklicher Hinweis für die Gehilfenschaft, mit gleicher Hartnäckigkeit und Zähigkeit die Vertretung ihrer berechtigten Interessen zu betreiben. Ohne auf den Inhalt des neuen Schriebs einzugehen, können wir uns doch nicht versagen, zu betonen, daß der in diesem Schreiben gemachte Versuch, die Zusammenfassung der beschäftigten Arbeiter durch die Innung als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter auch ohne Mittel für den Streik hinzustellen, doch etwas komisch anmutet.

Wer bis jetzt der Meinung war, daß dieser Krieg der Berliner Photographen-Innung gegen den Verband ausschließlicher Initiative der Berliner Innung entspringt, wird eines anderen belehrt durch den Bericht, den der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Photographenvereine und Innungen, I. P., anlässlich seiner Tagung in Erfurt erstattet. Unter dem Stichwort Tarifverträge wird darin mitgeteilt, daß die in Breslau gewählte Kommission Richtlinien für Tarifverträge aufgestellt hat, die allen Vereinigungen, die in Verhandlungen traten, übersandt wurden. Wie der Vorstand mitteilt, war er in vielen Fällen, wo man sofort, wie er gebeten hatte, ihm die Forderungen der Gehilfenschaft mitteilte, in der Lage, seinen Mitgliedern wertvolle Auskünfte zu geben, um bedeutend bessere Verträge abzuschließen. Wir nehmen als selbstverständlich an, daß diese >bedeutend besseren Verträge< nur so zu verstehen sind, daß dadurch die Forderungen der Gehilfen mehr als erfüllt worden sind und dadurch der Beweis erbracht wurde, daß die Zusammenfassung der Gehilfen durch die Innungen den Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern auch ohne die Möglichkeit des Streikes entspricht. Die in der Porträphotographie noch üblichen, sehr niedrigen Löhne der Gehilfen sowie die noch recht stark verbesserungsbedürftigen Arbeitsverhältnisse sind danach lediglich der übergroßen Bescheidenheit der Gehilfen aufs Konto zu setzen und sollten Veranlassung sein, dem Vorstand des Zentralverbandes die Möglichkeit zu geben, noch >bedeutend bessere Verträge< zum Abschluß zu bringen.

Wie man dann in dem nachfolgenden Satze dazu kommen kann, zu sagen, daß große Fehler gemacht worden sind dort, wo man die Ratschläge des Zentralverbandes nicht einholte und die >gewandten Gewerkschaftsbeamten< mit ihrer >Erfahrung in Tarifabschlüssen< zur Rate zog, ist uns unerfindlich. Die ganze Sache wird aber verständlich durch das Streben auch des Zentralverbandes den Gehilfenverband als Tarifkontrahenten auszuscheiden und dafür die Gehilfenausschüsse zu setzen. Der Zentralverband mit seinen Innungsmeistern weiß sehr gut, daß er bei Ausschaltung des Gehilfenverbandes bei Tarifabschlüssen zu >bedeutend besseren Abschlüssen< kommen kann, denn die Innungsgehilfen haben kein Mittel, ihre Forderungen den Breslauer Richtlinien gegenüber mit allem Nachdruck zu vertreten. Wie aber diese Breslauer Richtlinien aussehen, weiß jeder, auch ohne sie gelesen zu haben, der den Gevatter Schneider- und Handschuhmachergeist der Innungen kennt.

Daß der Bericht des Zentralverbandes triumphierend betont, daß eine Anzahl Gehilfenausschüsse mit Innungen, die sich ihre gesetzlichen Rechte nicht nehmen ließen, Tarife abgeschlossen haben, zeigt in Verbindung mit dem Verhalten der Berliner Photographen Innung, wohin der Weg gehen soll. Der überwundene Standpunkt des Großkapitals, nur mit >meinen< Arbeitern über Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln, der zu den gewaltigen Kämpfen um Anerkennung der Gewerkschaften führte soll noch einmal ob der verschrobenen Ansichten der Innungsmeister entbrennen. Obwohl die Niederlage der Innungen in diesem Kampfe ganz außer Zweifel steht — der Arbeitsminister deutet dieses in seinem Bescheid vom 21. August in allerdings sehr vor sichtiger Weise an — muß ein solcher Kampf sowohl Gehilfen wie Unternehmern Schaden zufügen. Ob aber in der Jetztzeit, wo alle Dinge besonders stark im Wandel begriffen sind und durch die allgemeinen Verhältnisse mehr als reichlich genug Zündstoff zu Kämpfen aufgespeichert ist, juristische Spitzfindigkeiten erhalten müssen, einen Kampf zu inszenieren, dürfte doch mehr als vollständige Verkennung der gegenwärtigen Verhältnisse sein. Man muß schon die letzten Jahre verschlafen haben, um nicht zu wissen, daß die nächste Zukunft dem Tarifvertrage gehört und daß die Träger dieser Tarife die Gewerkschaften sind.

Ohne den Innungsmeistern und dem Zentralverband gut zureden zu wollen, sei doch nochmals betont, daß sie schwerlich um den Abschluß eines Tarifes mit dem Verband der Lithographen, Stein drucker und verw. Berufe herumkommen werden. Mehr denn genug haben die Photographengehilfen von der Verbandsleitung verlangt, um endlich den Kampf aufzunehmen und einen Zentraltarif zu erzwingen. Die Forderungen auf Einberufung einer Photographenkonferenz sind von dem gleichen Bestreben diktiert und zeigen den unerschütterlichen

Willen der Gehilfenschaft, wenn es sein muß, unter Anwendung des schärfsten Mittels endlich eine einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Porträt-Photographiegewerbe herbeizuführen.

Da es vorläufig noch den Anschein hat, als wollten es die Herren Innungsmeister auf eine Machtprobe ankommen lassen, ist die Gehilfenschaft verpflichtet, sich auf diesen Kampf einzurichten. Vor allen Dingen gilt es, auch noch den letzten Mann, die letzte Arbeiterin für die Organisation zu gewinnen. Nur die Organisation ist die Kraftquelle zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und nur sie ist in der Lage, den Breslauer Richtlinien der Unternehmer einheitliche Richtlinien der Gehilfen gegenüberstellen und auch vertreten zu können. Schon die Ablehnung des Verbandes als Tarifkontrahent durch die Unternehmer sollte der Gehilfenschaft genügend Beweis sein, daß nur der Verband ihre Interessen im vollen Maße wahrzunehmen vermag.

## Graphische Technik.

### Etwas vom Bronzedruck.

Von H. R.

In der jetzigen Zeit mehren sich die Klagen und Seufzer über schlechte Resultate bei Bronzedruck ganz besonders und Reklamationen der Kundschaft sind an der Tagesordnung. Der Drucker gibt sich die größte Mühe beim Zurechtmachen der Unterdruckfarbe, alles mögliche und unmögliche, was sonst immer half, wird hinzugesetzt und das Ende vom Liede ist doch fast immer eine Auflage, bei der sich die Bronze abwischen läßt.

Im >Allgemeinen Anzeiger für Druckereien< haben sich in der letzten Zeit verschiedene Artikel mit diesen Mißständen befaßt und haben zum Teil sehr empfehlenswerte Winke und Anregungen enthalten.

Die Hauptursache ist, wie auch Herr Mitschke in seinem Artikel ganz richtig anführt, in der ganz ungenügenden Leimung des Papiers zu suchen. Überhaupt kommt man bei den heutigen Druckpapieren zu der Ansicht, daß Leim bei der Fabrikation von Papier ein überwundener Standpunkt ist und wir werden bei dem Mangel an gutem Leim auch in der nächsten Zeit noch lange mit diesem Übelstand zu kämpfen haben.

Als sicheres Mittel, guten Bronzedruck zu erzielen, empfiehlt Herr M., die Bronzeplatte zweimal, das erste Mal ohne zu pudern, zu drucken. Dieses Verfahren ist gut, doch ist es bei großer Auflagen und in einer Zeit, wo Zeit Geld, sogar sehr viel Geld ist, nicht anwendbar. In größeren Druckereien, wo zum Teil mehrere Schnellpressen immer Bronze drucken, müßte man bei diesem Verfahren die doppelte Zahl Maschinen für Bronzedruck in Dienst stellen. Daß dies technisch fast immer unmöglich ist, ist wohl ohne weiteres klar und kann auch der großen Unkosten wegen gar nicht in Frage kommen. Denn es würde sich z. B. der Preis bei einer Million Schoko-Adeninschläge um mehrere tausend Mark erhöhen. Und daß man heute bei Preisberechnungen wieder rechnen und nochmal rechnen muß, um den Auftrag zu erhalten, weiß jeder, der mit Kalkulationen zu tun hat.

Der technische Mitarbeiter R. des >Allgemeinen Anzeigers für Druckereien< empfiehlt als Radikal mittel überhaupt die Abschaffung der Bronze auf Drucksachen, aber der Drucker denkt und die Kundschaft lenkt.

Um nun jeder Seite soviel wie möglich gerecht zu werden, habe ich in meiner Druckereiabteilung alle möglichen Versuche angestellt, die nun zu einem günstigen Abschluß gekommen sind.

Ich verwende neben einer mit Leinölfirnis angeriebenen Goldunterdruckfarbe eine Tinktur, die die Firma J. H. Wolff, G. m. b. H., Detmold, unter dem Namen >Bronzetinktur Kosmos< in den Handel bringt. Diese Tinktur kann, je nach dem Papier, bis zu  $\frac{1}{3}$  der Farbe zugesetzt werden und verhindert so das zu schnelle Wegschlagen der Farbe und gibt gleichzeitig auf Grund ihrer Beschaffenheit beim Auftrocknen ein vorzügliches Trocken- und Bindemittel für Farbe und Bronze ab.

Eine mit dieser Tinktur gedruckte Auflage bekommt nach dem Abstauben evtl. kalandrieren einen feinen Hochglanz und läßt sich die Bronze auch bei schlechtleimten Papieren nicht abwischen, sondern haftet fest auf dem Papier. Der Preis ist ungefähr derselbe, wie man ihn heute für Firnis anlegt, jedoch billiger als die Farbe selber. Man kann sich auf diese Weise manchen Ärger und Verdrüß ersparen und ich kann nur sagen: >Probieren geht über Studieren<.

## Neue Papiermasse.

Wer die internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik, Leipzig 1914, besucht hat, die durch den Ausbruch des Krieges ein so tragisches Ende, verbunden mit einer finanziellen Niederlage gefunden hat, konnte sich ein Bild davon machen, welche Bedeutung das Papier in aller Welt gewonnen hat. Es gibt kein Land, das nicht schon allein zu Druckzwecken riesige Mengen von Papier

konsumiert, ganz abgesehen von den anderen Bedürfnissen, die Papier noch zu erfüllen hat. Und was aus Papier alles gemacht wird, zeigte eine Abteilung der Weltausstellung >Bugras<, vor der mancher Besucher stand, interessiert die Gegenstände betrachtend. Manch Scherzwort fiel über die in dieser Abteilung ausgestellten Kleider, Säcke, Bindfäden der verschiedensten Sorten und was sonst noch aus Papier alles gefertigt war und nur ganz wenige dachten daran, daß all diese Dinge so schnell eine gewaltige Bedeutung für Deutschland gewinnen könnten.

Was man erst nicht für möglich hielt hat die Kriegsnot erzwungen. Papierstoff mußte zur Herstellung fast aller erdenklichen Dinge erhalten und die Masse des Zellstoffes zur Herstellung von Druckpapier wurde immer kleiner. Die daraus resultierende Not an Druckpapieren brachte neben den unzähligen Mahnungen zur größten Ersparnis die Kontingentierung, die niemand befriedigte und doch den Preis für Papier immer weiter in die Höhe trieb. Hierzu trat noch die immer schwieriger werdende Beschaffung von Brennstoffen, die in der Beschaffung von Holz zur Herstellung der notwendigen Holzschliffe einen Partner fand. Die Suche nach anderen Rohmaterialien zur Herstellung von Papier setzte mit der gleichen Schärfe ein, die uns auch auf allen anderen Gebieten die >unvergleichliche<, allen wohl noch gut im Gedächtnis sitzende Zeit der Kriegersatzstoffe brachte.

Daß eine solche Entwicklung des deutschen Papiermarktes, der fast die ganze Welt mit Papier, roh oder verarbeitet, versorgte, seine Wirkung auf den Weltpapiermarkt nicht verfehlen konnte, ist jedem Kundigen einleuchtend. Schon die Absperzung Deutschlands vom Weltmarkt während des Krieges zwang das Ausland dazu ihrer Papiererzeugung die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Transaktionen der verschiedensten Art wurden vorgenommen und die Chemiker und Techniker mehr für die Papiererzeugung interessiert. Die wirtschaftliche Notwendigkeit versetzte sich hinter der nationalen Phrase: >Los von Deutschland!< und schuf eine papiererzeugende Industrie, deren Produktivkraft nur durch den teilweisen Mangel an Rohstoffen nicht voll zur Entfaltung kommen kann.

Aber auch dieser Mangel an Rohstoffen zur Erzeugung von Papier wird mehr und mehr beiseite gedrängt und es mehren sich die Mitteilungen, daß außer Holz und Lumpen besonders Gräser zur Herstellung von Papier geeignet sind. So kommt jetzt aus Florida die Nachricht, daß dort zwei Gesellschaften zur Herstellung von Papier aus dem einheimischen >Sägegras< (Saw Gras) gegründet worden sind. Millionen Acker Land tragen dort nur diese Art Gras, das bisher als Unkraut betrachtet wurde. Es wächst so rasch wie Seetang, und anscheinend um so schneller, je öfter es geschnitten wird. Versuche, die mit dem Gras gemacht wurden, führten dazu, ein größere Menge daraus verfertigten Breies nach einer Papierfabrik in Hoosier Falls zu schicken, wo ein sehr starkes Papier daraus hergestellt wurde. Wenn dieses die Maschine verläßt, ist es etwas dunkel, kann aber leicht gebleicht werden. Die nötige Glätte kann es durch Kalancr erhalten. Es nimmt Druckerschwärze mit Leichtigkeit auf, ermöglicht einen klaren, lesbaren Druck und läßt sich auf beiden Seiten bedrucken. Innerhalb der nächsten Monate sollen zehn Fabriken zur Herstellung der neuen Papiermasse in Florida gebaut werden.

Der Vorläufer dieses Sägegrases zur Papiererzeugung ist das algerische Halfgras, das von England zur Papiererzeugung benutzt wird. Während von Frankreich der Herstellung von Papiermasse aus Halfgras bisher nur wenig Beachtung geschenkt worden ist, hat man in England schon längere Zeit die Bedeutung des Halfgrases erkannt, und zwar nicht nur zur Herstellung von allerhand Papiersorten einschließlich Luxuspapier, sondern auch zur Anfertigung von Geflechten und Tauwerk aller Art. Als Folgeerscheinung hiervon ist im Jahre 1918 der größte Teil der algerischen Ernte an Halfgras, nämlich 852056 D.-Z., nach England gegangen, während Frankreich sich mit nur 7041 D.-Z. begnügt hat. Veranlaßt durch die große Papiernot, fängt man jetzt auch in Frankreich an, der Herstellung von Papiermasse aus algerischem Gras größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. So ist, wie >Times Trade Suppl.< meldet, in der Nähe von Algier eine mit den neuesten Errungenschaften der modernen Technik ausgestattete Fabrik errichtet worden, die jährlich 150000 T Papiermasse erzeugen kann. Der in Frage kommende Gesellschaft ist die Konzession für einen Landstrich von 700000 Acres übertragen worden, dessen Ertrag an Halfgras auf 100000 T veranschlagt ist.

Außer dem Halfgras ist das im Innern des Landes in großen Mengen wild wachsende Dibgras von Bedeutung. Die Aussichten, das Dibgras an Ort und Stelle zu Papiermasse zu verarbeiten, sind jedoch weniger günstig, da die Verarbeitung dieser Grasart große Mengen fließenden Wassers erfordert.